

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gaming-Szene in Bayern VII: Lagebild zu Radikalisierung, Rassismus, Queer- und Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus auf Online-Plattformen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird gebeten, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über ihre Erkenntnisse zu Radikalisierung, Rassismus, Queer- und Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus auf Online-Plattformen wie beispielsweise sozialen Medien, Messenger-Dienste, Gaming-Plattformen und -Foren sowie Video- und Streaming-Plattformen mündlich zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf die folgenden Fragen einzugehen:

1. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über queer- und frauenfeindliche, rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Inhalte sowie über die Verbreitung von Verschwörungstheorien auf Imageboards wie „4chan“, „8chan“, „BitChute“, „Gab“ und „Minds“ sowie auf Gaming-Plattformen und -Foren, und Video- und Streaming-Plattformen wie z.B. Steam oder Discord?
2. Welche Social Media und Gaming Plattformen werden laut Erkenntnis der Staatsregierung besonders für Kommunikation, *Rekrutierung* und Propaganda von queer- und frauenfeindlichen, rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Gruppierungen genutzt und welche Rolle spielen hier osteuropäische Plattformen (beispielsweise der Facebookklon vk.com)?
3. Welchen Stellenwert hat die Nutzung des sogenannten Dark Social im Hinblick auf Radikalisierung und Extremismus im virtuellen Raum und welche besonderen Herausforderungen stellt dies bezüglich der Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden dar?
4. Welche Präventionsprogramme zur Radikalisierungsprävention auf Online-Gaming Plattformen und im Bereich Dark Social plant oder fördert die Staatsregierung?
5. Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung von Forschung bezüglich der Verbreitung queer- und frauenfeindlicher, rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Ideologien im Netz

sowie der extremistischen Radikalisierung und Rekrutierung auf sozialen Medien und Gaming Plattformen plant die Staatsregierung?

Begründung:

Vertreter*innen der Gaming-Community machen darauf aufmerksam, dass vermehrt rechtsextremistische Akteure versuchen, digitale Räume zu besetzen und zu instrumentalisieren, um ihre hassgefüllten Ideologien und illegale Inhalte zu verbreiten, neue Anhänger*innen zu gewinnen und ihr toxisches Gedankengut insb. bei jungen Menschen salonfähig zu machen [1]. Diese Vorgänge finden auch in den Gaming-Communities und auf den Gaming-Plattformen statt. Laut der Initiative „Keinen Pixel den Faschisten“ ist seit Langem zu beobachten, wie rechte Gruppierungen Computerspiele als Kommunikationsplattform nutzen und beeinflussen. Der Übergang von diskriminierenden Kommentaren und Hate-Speech bis zur Radikalisierung in der rechten Szene ist fließend.

Selbstverständlich dürfen Gamer*innen oder gar die Gaming-Kultur als solche nicht verallgemeinert werden. Es handelt sich hier um eine vielfältige, große und breit aufgestellte Community – alle in eine Schublade zu stecken ist nicht möglich. Eine Vorverurteilung verbietet sich. Dennoch ist es wichtig Strategien zur Unterwanderung des vorpolitischen Raums durch rechtsextreme Netzwerke zu identifizieren. Versuche dieser Organisationen junge Menschen zu radikalisieren und für die rechtsextreme Szene zu gewinnen müssen verhindert werden.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden müssen im Rahmen der Stärkung von Gewaltschutz im digitalen Raum und der Bekämpfung von Terrorismus auch für Radikalisierungsgefahren und Straftaten auf Gaming-Plattformen und -Foren sensibilisiert werden. Ein Verständnis über solche Subkulturen, das Lagebild der bayerischen Sicherheitskräfte darüber und ggf. sich daraus ergebende Risiken und Herausforderungen sowie die Beantwortung der aufgeführten Fragen sind für den Ausschuss und dessen Arbeit von großer Bedeutung.

[1] <https://keinenpixeldenfaschisten.de/2020/04/22/pressemitteilung/>